

Glaubwürdig leben – widerständig handeln. Solidarität mit den Entwurzelten Die Jahrestagung 2006 der Ökumenischen BAG Asyl in der Kirche e.V.

von Verena Mittermaier

Es sind gerade 251 Menschen und damit 0,8% aller Antragstellenden, die in Deutschland im Jahr 2006 das Recht auf Asyl zugesprochen bekamen.¹ Wenige weitere erhielten vorübergehenden Abschiebeschutz. Was den insgesamt rund 21.000 Antragstellenden (auch diese Zahl ist bereits um ein Vielfaches niedriger als noch vor Jahren) im Asylverfahren vor allem unterstellt wurde, war: Mangel an Glaubwürdigkeit. Dass es reale Not, Gefahr oder Verfolgung gewesen sei, die jemanden dazu bewogen habe, alles hinter sich zu lassen und den beschwerlichen Weg in ein anderes Land auf sich zu nehmen, wird hierzulande für den äußerst unwahrscheinlichen Sonderfall gehalten.

„Mangel an Glaubwürdigkeit“ – dieses vielfache Urteil fällt ein Land, das sich der Achtung der Menschenrechte und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung rühmt. Wie aber steht es um die Glaubwürdigkeit der politisch Verantwortlichen, ja aller Mitglieder dieser Gesellschaft, wenn Deutschland sich taub und stumm stellt angesichts echter Not, wenn menschenrechtlich bedenkliche Auffanglager installiert werden, wenn die Grenzen militärisch abgeriegelt sind und möglichst alle bereits Angekommenen abgeschoben werden sollen?

Wo Glaubwürdigkeit wider geltende Grundsätze systematisch aberkannt wird, bedarf es für die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit Menschen, die sagen: so nicht. Die Stimmen der Wütenden und Gedemütigten selbst werden kaum gehört, sie brauchen Verstärkung aus der „Mehrheitsgesellschaft“. Gehetzte brauchen Schutz. Um Recht geltend zu machen, muss manchmal Zeit gewonnen werden. Diesem Ziel dient die im Kirchenasyl – derzeit bundesweit in rund dreißig Fällen² – praktizierte Widerständigkeit gegen eine inhumane Asylpolitik, die sich in rigide gehandhabten Verwaltungsvorschriften und Ausreiseaufforderungen äußert.

„Glaubwürdigkeit“ und „Widerständigkeit“ standen auch im Mittelpunkt der Jahrestagung der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. vom 10.-12. November 2006 in Berlin. In erster Linie ging es für die 80 Tagungsteilnehmenden und -mitwirkenden um einen Erfahrungsaustausch, um das Voneinander Lernen im Blick auf die Praxis. Sechs Arbeitsgruppen bewegten das gemeinsame Anliegen in verschiedenen Perspektiven:

Welche Möglichkeiten bietet die Arbeit von und mit Jugendlichen für die Flüchtlingssolidarität? Ein Musikprojekt, das Jugendlichen verschiedener Herkunft in Hiphop-Workshops und Bands Grenzen zu überwinden hilft, eine Gruppe jugendlicher Flüchtlinge, die den Kampf um ihr Bleiberecht selbst in die Hand genommen haben, und ein interreligiöses Bildungsforum berichteten unter der Überschrift „**Jugendlich widerständig**“ von ihren Erfahrungen.

Ansatzpunkte für „**Widerständig Gottesdienst feiern**“ bieten, so der Workshopbericht, gerade Ausnahmesituationen wie etwa ein Kirchenasyl, ein Kreuzweg für die Rechte der Flüchtlinge oder ein Gottesdienst in der Abschiebehaft. Denn hier feiert die Gemeinde solidarisch mit den Betroffenen, deren Zeugnis der Fürbitte eine andere Tiefe gibt. Information in Form von Aufklärung über Land und Leute gehören immer hinein, eine Aktion ist meist bereits im Gang. „Gerade in bedrückenden Situationen ist Klage und Protest im Gottesdienst gut aufgehoben. Ohnmacht findet als liturgische Nacht, als Taizéandacht einen Ausdruck, der sie zu ertragen hilft“, resümiert Fanny Dethloff.³

¹ Bundesministerium des Inneren, Pressemitteilung: Zugang von Asylbewerbern im Jahr 2006 nochmals gesunken, 09. Januar 2007.

² www.kirchenasyl.de.

³ Ökumenische BAG Asyl in der Kirche e.V. (Hg.): Glaubwürdig leben – widerständig handeln. Solidarität mit den Entwurzelten, Dokumentation der Jahrestagung der BAG Asyl in der Kirche e.V. vom 10.-12. November 2006 in Berlin, Berlin 2007, S. 35.

Unter dem Stichwort „**Gemeinschaftlich widerständig leben**“ stellten sich vier Lebensgemeinschaften und eine Initiative vor, die für Flüchtlinge und Illegalisierte eintreten und sich in solidarischem, ökumenischem Zusammenleben üben. Es war eine bemerkenswerte Zahl von Interessierten, die im Lebensmodell von Kommunitäten, Wohn- und Lebensgemeinschaften ein attraktives Potential erkannten. So können Gemeinschaften oft Gastraum zur Verfügung stellen, sei es als Wohnraum oder auch im Sinne von Kapazitäten für Aktionen. Eine Mahnwache vor der Ausländerbehörde oder ein Kreuzweg entstehen leichter, wenn eine Gemeinschaft vorhanden ist; andere können sich anschließen. Auch für Bildungsangebote wie Workcamps ist ein Rahmen gegeben. Die Bedeutung von Gemeinschaften und ihre Ausstrahlung in die Kirche hinein wurde als hoch eingeschätzt: „Hier wird etwas gelebt – Überzeugungen werden sichtbar und glaubwürdig.“⁴

Im Workshop „**Politisch widerständig**“ dachten VertreterInnen von Menschenrechtsgruppen, Flüchtlingsorganisationen, einer Gästewohnungsinitiative und einem Projekt gegen Rechtsextremismus gemeinsam über Handlungsformen nach. Neben der Bleiberechtskampagne, der NoLager-Bewegung und dem Einsatz für sogenannte „Härtefälle“ war auch die Ambivalenz von Grenzen Thema. „Die brutale Art der Abwehr von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen zeigt, wie verhängnisvoll Grenzen wirken können. Sie dienen der Abschottung und Ausgrenzung von Armutsflüchtlingen, um den eigenen Wohlstand zu verteidigen. Wie kann das Wegschauen und Verdrängen durchbrochen werden? – Andererseits: Haben Grenzen nicht auch schützende Funktion? Flüchtlingsschutz z.B. gibt es nur *mit* Grenzen – wie sollten die Flüchtlinge sonst ihren Verfolgern entrinnen? Auch soziale Menschenrechte im Sinne materieller Mindeststandards sind nur innerhalb eines umgrenzten Raums zu realisieren bzw. zu verteidigen. Was wären die sozialen Folgen offener Grenzen? Diese Fragen wurden kontrovers diskutiert und bedürfen weiteren Nachdenkens“, fasst Wolf-Dieter Just zusammen.⁵

Um grenzüberschreitende Vernetzung und gemeinsames Aktivwerden gegen Unrecht auf europäischer Ebene ging es in der Gruppe „**Widerständig über Grenzen hinweg**“. Anhand der Statements einer niederländischen Sozialarbeiterin aus einem Dachverband für Menschen ohne Papiere, eines Wiener Lobbyisten für Schubhäftlinge sowie einer Expertin des Flüchtlingsschutzes in Oslo kam die asylpolitische Situation verschiedener europäischer Länder in den Blick. Außerdem schilderte der ehemalige Geschäftsführer der „Cap Anamur“ die Zustände an den europäischen Außengrenzen. Im Jahre 2004 war er an der Rettungsaktion von 37 Bootsflüchtlingen beteiligt gewesen, wegen der ihm nun in Agrigent/Sizilien der Prozess gemacht wird. Die Tagungsteilnehmenden verstanden es als Aufgabe konkreter Widerständigkeit gegen die Kriminalisierung mitmenschlicher Solidarität, den Prozess sorgfältig zu beobachten und ins öffentliche Bewusstsein zu rufen, und verabschiedete im Schlussplenum eine Solidaritätsadresse.

Auf die unmittelbare Umgebung jedes Einzelnen schaute hingegen die sechste Arbeitsgruppe unter dem Motto „**Nachbarschaftlich widerständig**“. Vorgestellt wurden hier eine interkulturelle Plattform aus Hilversum, ein Nachbarschaftstreff aus Hennigsdorf, ein Stadtteilausschuss aus Berlin-Kreuzberg und eine Hamburger Studie aus dem Bereich der interkulturellen Erziehungswissenschaften wurden vorgestellt. Am besten, so stellte sich heraus, klappt die Verständigung und Zusammenarbeit, wenn gemeinsam konkrete Aufgaben angegangen werden. Partizipation ist besser als Integration, wobei im Blick auf Flüchtlinge, die ja besonders unter gesellschaftlicher Stigmatisierung und Restriktionen leiden, Partizipation auch heißen muss, Machtgefälle bewusst zu machen. In jedem Fall sind Flüchtlinge und Migranten mit ihren Kompetenzen selbst als Akteure ins Spiel zu bringen. In manchen Regionen hat nachbarschaftliche Integrationsarbeit auch die wichtige Funktion, Sozialräume zu besetzen, die sonst von anderen politischen Akteuren mit rechtsradikalen Positionen besetzt werden können.

⁴ A.a.O., S. 40.

⁵ A.a.O., S. 49 (Zitat gekürzt).

Um die Zukunft der Kirche geht es bei der derzeitigen Diskussion über das Impulspapier „Kirche der Freiheit“ des Rates der EKD⁶. Ob die darin enthaltenen Vorschläge auch der Befreiung im Sinne der Solidarität mit den Entwurzelten dienen und inwieweit der Einsatz für Menschenrechte und Themen wie Flucht und Asyl zum Profil der Kirche von morgen gehören, wird kritisch zu begleiten sein. Was jedenfalls das Feld angeht, das die Kirchenasylbewegung beackert, wurde die Jahrestagung im November 2006 auf ihre Weise zu einer Zukunftswerkstatt, die alle Beteiligten mit einer gefüllten Agenda von Konkretisierungspunkten für widerständiges Handeln entließ – zur je aktualisierten Wahrung der eigenen Glaubwürdigkeit.

Verena Mittermaier

leitet als evangelische Theologin die Geschäftsstelle der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. Zugleich arbeitet sie mit im „Forum für interreligiöse Bildung“ in der Jerusalems-Kirche Berlin.

⁶ Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert. Ein Impulspapier des Rates der EKD, Hannover 2006.